

„In den Ombudsstellen kommen die Konflikte an.“

Was macht der Wolfenbütteler Verein KoBera (Konfliktberatung) mit der Aussage von Bundeskanzler Friedrich Merz, jährliche Ausgabensteigerungen von über zehn Prozent in der Jugendhilfe seien „nicht länger akzeptabel“? Die Antwort ist eindeutig: Der Verein hält sie für inakzeptabel und für ein fatales Signal in die Gesellschaft. Als Reaktion hat KoBera e.V. eine Podiumsdiskussion mit der, zugegeben etwas provokant zugespitzten Frage „Ausverkauf der Jugendhilfe - ist sie noch zu retten?“ initiiert. Und viele waren als Zuhörende, vor allem Mitarbeitende im Bereich der Jugendhilfe, in den Vortragssaal der Bundesakademie der Schünemannschen Mühle in Wolfenbüttel gekommen.

Auf das Podium hatte KoBera e.V. Parlamentarier des Wahlkreises Wolfenbüttel-Salzgitter eingeladen und Experten aus dem Bereich der Jugendhilfe dazu gebeten. Eine Gesprächsrunde, die sich mit ihrer vielfältigen Expertise zum Thema Aufmerksamkeit verschaffte.

Der Moderator der Veranstaltung, Harald Likus, Ressortchef Niedersachsen, der Braunschweiger Zeitung, brachte seine Gesprächspartner auf dem Podium mit der Frage, hätten sie dem Bundeskanzler auch applaudiert, wären sie bei seiner Rede vor dem Kommunalkongress des Deutschen Städte- und Gemeindebundes 2025 in Berlin dabei gewesen, nicht in Bedrängnis. Nein, man würde dieser Äußerung des Bundeskanzlers so allgemein nicht zustimmen, hieß es übereinstimmend aus der Runde. Stadtrat Thorsten Drahn, Sozialdezernent Wolfenbüttels, betonte als Vertreter der Kommune, die Lessingstadt habe lange Zeit im sozialen Bereich massiv investieren können, jetzt greife aber erheblich die Finanzkrise in einzigartiger Dimension mit erheblich weniger jährlichen Einnahmen. Anderen Städten und Kommunen in der Region gehe es ähnlich. „Hier brauchen wir neue Antworten“, so Drahn. Er frage sich, ob man im sozialen Bereich das Ziel erreiche, wenn man konsolidieren wolle. Wenn man hier mit den Finanzen runtergehe „dann plopt das an anderer Stelle wieder hoch.“ Die Rahmenbedingungen seien mittlerweile so herausfordernd geworden, „dass es an der einen oder anderen Stelle knirscht, wenn nicht sogar zusammenbricht.“

Peter Falkenberg, Leiter des Pädagogisch-Psychologischen Therapiezentrum (PPTZ) Braunschweig und Jürgen Wittkötter, Vorstand BerNi Hannover war es wichtig zu betonen, die steigenden Kosten in der Jugendhilfe seien nicht Ausdruck einer Überversorgung, sondern reflektierten steigenden Bedarf, der auch in überforderten Systemen seine Wurzel habe. Hier könne gerade Ombudschaft gute Anregungen geben. Das amortisiere sich gesellschaftlich.

Das System, die überforderten Systeme in der Jugendhilfe waren denn also in dem zweistündigen Austausch Fokus der Diskutierenden. Die Aufgabe der Jugendhilfe sei klar umrissen: Kontinuierlicher und verlässlicher Schutz, und Teilhabe, Unterstützung und Beratung. Auch außerhalb von Notfallsituationen, betonten alle. Es werde immer mehr reguliert, mit der Folge, dass der Personalaufwand erheblich steige, und damit auch Kosten. Auf diese Kostenentwicklung müsse man durchaus schauen, auch hier war man sich einig. „Viele junge Menschen haben Angst allein gelassen zu werden, fühlen sich verängstigt“, unterstrich Falkenberg. Die vier regionalen Ombudsstellen hätten im letzten Erhebungszeitraum weit über tausend Anfragen bearbeitet, und damit allein 20 Prozent aller bundesweiten Anfragen, wusste Jürgen Wittkötter: „In den Ombudsstellen kommen die Konflikte an.“

Swantje Schendel, betonte, die Aussage des Kanzlers, die Steigerungsraten seien nicht akzeptabel, führe zu Verunsicherungen. Die Frage nach dem ‚Wie‘ ließe er völlig offen. Natürlich seien die Kommunen stark belastet, so die Landtagsabgeordnete von B'90/Grüne, aber Menschen dürften nicht in die Ecke gestellt werden.

„Wir haben nicht vor, die Eingliederungshilfe zu streichen. Die Thematik ist sehr komplex. Es ist ein Reformgedanke,“ meinte die Bundestagsabgeordnete Dunja Kreiser (SPD). Sie verwies darauf, dass

aktuell ein Referentenentwurf zur Reform des Sozialgesetzbuches VIII (Jugendhilfe) vorliege und Ende Mai dem Kabinett zur Beratung vorgelegt werde. „Die komplexen Systeme binden unglaublich viel Arbeits- und Verwaltungskraft. Beantragungssysteme müssen untereinander verschmelzen und digitaler werden.“ Kreiser forderte eine Einbeziehung der Jugend und deren Mitsprache in der Diskussion.

Für Cem Ince (Die Linke) ist eindeutig: „Entweder sieht man es als hohe Priorität an, Kinder und Jugendhilfe voranzubringen, oder man sieht es als Kostenfaktor. Der Abgeordnete im Deutschen Bundestag mahnte an, Jugendhilfe nicht wie ein Unternehmen zu führen und nur auf die Kosten zu schauen. Die Kommunen dürften im Rahmen ihrer Jugendarbeit vom Bund nicht alleingelassen werden. Wenn Präventivmaßnahmen ausgebaut werden, dann ist das eine Kostensenkung.“

Sie habe eigentlich Lust auf detailreiche Diskussionen, die sicherlich notwendig seien, eine Podiumsdiskussion aber nicht leisten könne, betonte Adina Küchler-Hendricks. Applaudiert hätte sie dem Kanzlerwort auch nicht, so die Leiterin des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Jugendamt Wolfenbüttel. Sie frage sich, ob es tatsächlich die knappen Kassen seien, die die Probleme verursachten, oder ob es sich um eine falsche Verteilung von Geldern handle.

Die zweistündige Veranstaltung hat die Frage, ob der Ausverkauf der Jugendhilfe noch zu stoppen ist zwar nicht in Gänze beantworten können, ein Hoffnungsschimmer im Sinne einer solidarischen Gesellschaft konnte jedoch mit in den Sonnenschein des verbliebenen Abends genommen werden.